

Absage an Militärforschung

Freiburger Universität hat Zivilklausel beschlossen. Karlsruher Institut für Technologie setzt dagegen auf »weiter so«

Für Militärforschung wird die Luft an bundesdeutschen Universitäten dünner: Vergangene Woche hat sich die Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg in den Kreis der Hochschulen mit »Zivilklausel« in der Grundordnung eingereiht. Der Senat der Universität schloß damit Militärforschung aus. Die Klausel besagt, »daß Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung –

unter Wahrung der grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit – auf friedliche Ziele ausgerichtet sein müssen«, heißt es in einer Mitteilung der Freiburger Universität. Das Rektorat kündigte an, dem Senat und dem Universitätsrat jährlich Bericht zu erstatten, ob diese Ziele eingehalten wurden.

Vor allem die Studentinnen und Studenten hatten sich in der Vergangenheit für die Einführung der Zivilklausel an der Albert-Ludwigs-Universität stark gemacht, die nach eigenen Angaben in den Jahren 2000 und 2002 insgesamt etwa 340 400 Euro aus dem Haushalt des US-Verteidigungsministeriums erhalten hatte, um für die Militärs unter anderem an Software zur Gesichtserkennung zu arbeiten.

Die politischen Auseinandersetzungen um Militärforschung an deutschen Hochschulen hatten erst im November vergangenen Jahres einen neuen Höhepunkt erreicht. Damals wurde bekannt, daß hiesige Unis und Institute in den letzten Jahren mehr als zehn Millionen Dollar für Leistungen im Dienst des US-Militärs kassiert hatten.

Die »Linke Liste – Solidarische Stadt«, deren Vorläuferorganisation 1984 als »Friedensliste Freiburg« gegründet worden war, begrüßte nun den

Senatsbeschuß. Die Universität habe damit einer langjährigen Forderung entsprochen. »Besonders erfreulich ist, daß der jährliche Bericht über die Einhaltung der Zivilklausel öffentlich zugänglich sein soll. Das schafft Transparenz«, konstatierte Gregor Mohlberg am Freitag für die Linke Liste. Dem pflichtete auch Hendrijk Guzzoni, Stadtrat der besagten Wählerversammlung, bei. Die Einführung der Zivilklausel an der Universität sei »ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel einer vollständigen Konversion aller militärischen Forschung und Produktion in unserer Stadt hin zu zivilen Nutzungen«, erklärte er.

Unterdessen kündigte das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), ein Zusammenschluß des Helmholtz-Forschungszentrums und der dortigen Universität, an, auch zukünftig an der Militärforschung festhalten zu wollen.

So bezeichnete KIT-Präsident Holger Hanselka die Zivilklausel in einem jüngst veröffentlichten Interview mit dem Online-Magazin *ka-news.de* als »Totschlägerargument« und als »nicht sinnvoll – und auch rechtlich nicht zulässig, denn sie würde die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit einschränken«.

Die »Initiative gegen Militärforschung an Universitäten« zeigte sich hingegen bestürzt »über das Ausmaß an militärischer Finanzierung für Forschungsprojekte des KIT und forderte »die unverzügliche Beendigung eines laufenden vom Office of Naval Research (US-Marine) finanzierten Projekts«. Die Friedensinitiative forderte erneut von Hanselka, endlich »für einen fairen Dialog über die Zivilklausel und die Kritik an der Militärforschung des KIT zu sorgen«.

Markus Bernhardt

ANZEIGE

Ossietsyky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Mit weiteren Texten von **Sabine Kebir, Elke Steven, Ulla Jelpke Wolf Gauer, Ralph Hartmann, Klaus Nilius, Hermann Wollner, Reiner Diederich, Peter Arlt, Marja Winken, Heinrich Hannover u.a.**

Bestellung
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-

Verlag Ossietsyky
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
ossietsyky@interdruck.net
Fax 0511 - 21 55 126
www.ossietsyky.net

Eckart Spoo
Rechte oder Werte
Werner Rügemer
Wie frei ist Deutschland?
Monika und Otto Köhler
Brief an unseren Innenminister
Renate Schoof
Vision

Siebzehnter Jahrgang
1. Februar 2014

4

€ 2,80

LPG junge Welt eG

Wir sind 1500. Neue Mitglieder gesucht!
Jetzt Mitherausgeber/in werden!

www.jungewelt.de/genossenschaft

Die Tageszeitung
Junge Welt